

Regierungserklärung des Innenministers

KOMMUNEN MÜSSEN SICH WARM ANZIEHEN

Die hessischen Kommunen müssen sich nach der Regierungserklärung von Innenminister Peter Beuth darauf einstellen, dass das Land sie weiterhin bei ihren Finanzproblemen im Stich lässt und nur den Sparzwang erhöhen wird. „Die Kommunen müssen sich warm anziehen – das ist die Botschaft des Innenministers“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Er hielt dem Innenminister eine „unvollständige und falsche Analyse“ der kommunalen Finanzlage vor. „Der Innenminister betont die überdurchschnittliche Ertragslage und die hohen Ausgaben der Kommunen – dabei verschweigt er aber, dass der Kommunalisierungsgrad öffentlicher Aufgabenerfüllung in Hessen bundesweit Spitze ist.“ Anstatt die Kommunen wie von der Verfassung vorgesehen angemessen finanziell auszu-



ALS ANGRIFF AUF DIE KOMMUNEN WERTET THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL DIE SPARVORGABEN DES INNENMINISTERS

statten, setze die Landesregierung einseitig auf Sparzwang und baue damit die kommunale Selbstverwaltung ab.

In Wahrheit werde das Land seiner Verantwortung bei der Finanzierung der Gemeinden nicht gerecht. Den Kommunen seien seit 1999 rund zwei Milliarden Euro vorenthalten worden, vor allem durch

die Streichung von 340 Millionen Euro jährlich aus dem kommunalen Finanzausgleich seit 2011.

Die Kommunen spielten eine zentrale Rolle, wenn es darum gehe, sozialen Zusammenhalt zu gestalten. „Deswegen wünsche ich mir auch mehr Demut dieser Landesregierung vor den Leistungen der Kommunen.“

Schwere Hypothek

Ulrike Alex sagte zur Debatte über den kommunale Rettungsschirm: „Er zwingt die Gemeinden zu Ein-



sparungen, die sich als schwere Hypothek für die Zukunft erweisen werden. Eine ausreichende kommunale Finanzausstattung, die dringend erforderlich ist,

auch um vor Ort die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, wird den Gemeinden verweigert.“

„Einfach nur schäbig“ *Kommentar von Günter Rudolph*

Gleich in zwei Debatten hat die schwarz-grüne Koalition deutlich gemacht, was Städte, Gemeinden und Kreise von ihr erwarten können: Nichts, außer Gängelung, Bevormundung und dem Griff in die Kassen der Kommunen. Das ist einfach nur schäbig.



Schwarz-Grün sorgt nicht für eine anständige Finanzausstattung der Kommunen. Die Koalition stellt

sich hin, und wirft den Kommunen frech vor, über ihre Verhältnisse zu leben und leichtfertig Schulden zu machen. Diese Ignoranz und Arroganz lösen keine Probleme.

CDU und Grüne sägen voller Hochmut an einer tragenden Säule für unser Gemeinwesen. Ohne funktionierende Kommunen gibt es keinen sozialen Zusammenhalt. Wo bleibt der Aufschrei der CDU-Mandatsträger vor Ort? Sie müssen der Landesregierung jetzt Widerstand leisten und Bouffier und Beuth stoppen. Wir helfen dabei gerne.